

Antrag Förderung der Forstwirtschaft

Gewährung einer Zuwendung für Wegeneubau oder Wegeausbau oder Wegegrundinstandsetzung

Über
Forstamt

Antrags-Nr.:

--	--	--	--	--	--	--	--

An
Zentralstelle der Forstverwaltung
- Obere Forstbehörde –
Le Quartier-Hornbach 9
67433 Neustadt an der Weinstraße

Eingang Forstamt

Eingang ZdF

Hinweis:
 1. Bitte zutreffende Felder ausfüllen oder ankreuzen
 2. Die grauen Felder werden von den Behörden ausgefüllt
 3. Bitte das beiliegende Merkblatt beachten

1. ANTRAGSTELLER(IN): (Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen)

1.1	Bei Einzelunternehmen / Privatpersonen:										
	Name	Vorname	Geburtsdatum								
			<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 12.5%; height: 20px;">T</td> <td style="width: 12.5%; height: 20px;">T</td> <td style="width: 12.5%; height: 20px;">M</td> <td style="width: 12.5%; height: 20px;">M</td> <td style="width: 12.5%; height: 20px;">J</td> <td style="width: 12.5%; height: 20px;">J</td> <td style="width: 12.5%; height: 20px;">J</td> <td style="width: 12.5%; height: 20px;">J</td> </tr> </table>	T	T	M	M	J	J	J	J
T	T	M	M	J	J	J	J				
	Bei allen anderen Rechtsformen:										
	Unternehmensbezeichnung										
1.2	Vollständige Postanschrift / Sitz des Unternehmen:		Zustelladresse, wenn abweichend:								
								
								
								
1.3	Kontaktdaten										
	Ansprechpartner falls von lfd. Nr. 1.4 abweichend *		Telefon (tagsüber erreichbar) *								
	E-Mail *		FAX-Nr. *								
1.4	Unterschriftsberechtigter (Vertretungsberechtigter des Unternehmens, bzw. Bevollmächtigter), wenn von den vorgenannten Angaben zu Antragsteller(in) abweichend:										
	Name	Vorname	Funktion								
								
1.5	Bankverbindung										
	IBAN (22-stellig)										
	BIC (11-stellig)										
	Name der Bank										

*) = Freiwillige Angaben für vereinfachte Rückfragen

1.6	<p>Europaweite Unternehmensnummer / Identifikationsnummer (Ohne Angabe keine Auszahlung möglich)</p> <table border="1" style="width: 100%; height: 20px;"> <tr> <td style="width: 30px;"> </td><td style="width: 30px;"> </td><td style="width: 30px;"> </td> <td style="width: 30px;"> </td><td style="width: 30px;"> </td><td style="width: 30px;"> </td> <td style="width: 30px;"> </td><td style="width: 30px;"> </td><td style="width: 30px;"> </td><td style="width: 30px;"> </td><td style="width: 30px;"> </td><td style="width: 30px;"> </td> </tr> </table> <p>Bitte immer angeben! Ein Zahlantrag kann erst gestellt werden, wenn die Stammdaten, die bei der Kreisverwaltung hinterlegt sind (Europaweite Unternehmensnummer, Bankverbindung und Adresse), mit denen der forstlichen Förderung übereinstimmen. Falls nicht, ist keine Auszahlung möglich! Die Stammdaten müssen bei der Kreisverwaltung aktualisiert werden!</p>												
1.7	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;"><input type="checkbox"/> Kommunale Gebietskörperschaft oder kommunaler Zweckverband</td> <td style="width: 50%;"><input type="checkbox"/> Sonstige Zuwendungsempfänger</td> </tr> </table>	<input type="checkbox"/> Kommunale Gebietskörperschaft oder kommunaler Zweckverband	<input type="checkbox"/> Sonstige Zuwendungsempfänger										
<input type="checkbox"/> Kommunale Gebietskörperschaft oder kommunaler Zweckverband	<input type="checkbox"/> Sonstige Zuwendungsempfänger												
1.8	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;"> <p>Die Gemeinde ist von der Pflicht der Durchführung einer kontrafaktischen Fallkonstellation gem. Rd-Nr. (52) des EU-Agrarrahen 2023 (vom 14.12.2022) ausgeschlossen (siehe nachfolgende Kriterien)</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p><i>Gemeinden mit einem Haushalt von weniger als 10 Mio. € und weniger als 5.000 Einwohnern sind von der Pflicht zur Durchführung der kontrafaktischen Fallkonstellation ausgenommen.</i></p> </td> <td style="width: 50%;"> <p>Der Antragsteller ist Kleinunternehmen oder kleines bzw. mittleres Unternehmen gem. Anhang I VO (EU) Nr. 702/2014 (siehe nachfolgende Definition)</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p><i>Die Gruppe der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) setzt sich aus Unternehmen zusammen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. € erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. € beläuft. Sie sind von der Pflicht zur Durchführung einer kontrafaktischen Fallkonstellation ausgeschlossen.</i></p> </td> </tr> </table>	<p>Die Gemeinde ist von der Pflicht der Durchführung einer kontrafaktischen Fallkonstellation gem. Rd-Nr. (52) des EU-Agrarrahen 2023 (vom 14.12.2022) ausgeschlossen (siehe nachfolgende Kriterien)</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p><i>Gemeinden mit einem Haushalt von weniger als 10 Mio. € und weniger als 5.000 Einwohnern sind von der Pflicht zur Durchführung der kontrafaktischen Fallkonstellation ausgenommen.</i></p>	<p>Der Antragsteller ist Kleinunternehmen oder kleines bzw. mittleres Unternehmen gem. Anhang I VO (EU) Nr. 702/2014 (siehe nachfolgende Definition)</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p><i>Die Gruppe der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) setzt sich aus Unternehmen zusammen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. € erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. € beläuft. Sie sind von der Pflicht zur Durchführung einer kontrafaktischen Fallkonstellation ausgeschlossen.</i></p>										
<p>Die Gemeinde ist von der Pflicht der Durchführung einer kontrafaktischen Fallkonstellation gem. Rd-Nr. (52) des EU-Agrarrahen 2023 (vom 14.12.2022) ausgeschlossen (siehe nachfolgende Kriterien)</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p><i>Gemeinden mit einem Haushalt von weniger als 10 Mio. € und weniger als 5.000 Einwohnern sind von der Pflicht zur Durchführung der kontrafaktischen Fallkonstellation ausgenommen.</i></p>	<p>Der Antragsteller ist Kleinunternehmen oder kleines bzw. mittleres Unternehmen gem. Anhang I VO (EU) Nr. 702/2014 (siehe nachfolgende Definition)</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p><i>Die Gruppe der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) setzt sich aus Unternehmen zusammen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. € erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. € beläuft. Sie sind von der Pflicht zur Durchführung einer kontrafaktischen Fallkonstellation ausgeschlossen.</i></p>												
1.9	<p>Ist das Unternehmen in Schwierigkeiten (siehe nachfolgende Definition)?</p> <p><input type="checkbox"/> ja (Bei kommunalen Antragstellern <u>und</u> Sammelantrag sind die betroffenen Kommunen aufzuführen:)</p> <hr/> <p><input type="checkbox"/> nein</p> <p><i>Definition „Unternehmen in Schwierigkeiten“: Unternehmen, auf das mindestens einer der folgenden Umstände zutrifft:</i></p> <p><i>Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (ausgenommen Kleinunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen, die noch keine drei Jahre bestehen): Mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im Allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden) ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gezeichneten Stammkapitals entspricht. Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ insbesondere auf die in Anhang I der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (31) genannten Arten von Unternehmen und der Begriff „Stammkapital“ umfasst gegebenenfalls alle Agios.</i></p> <p><i>Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften (ausgenommen Kleinunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen, die noch keine drei Jahre bestehen): Mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften“ insbesondere auf die in Anhang II der Richtlinie 2013/34/EU genannten Arten von Unternehmen.</i></p> <p><i>Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.</i></p> <p><i>Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen beziehungsweise das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.</i></p> <p><i>Im Falle eines Unternehmens, das kein Kleinunternehmen, kleines oder mittleres Unternehmen ist: In den letzten beiden Jahren betrug der buchwertbasierte Verschuldungsgrad des Unternehmens mehr als 7,5 und das anhand des EBITDA berechnete Zinsdeckungsverhältnis des Unternehmens lag unter 1,0.</i></p> <p><i>Im Falle von kommunalen Antragstellern: Die Haushaltssatzung der Kommune ist nicht gemäß § 97 GemO öffentlich bekannt gemacht oder für die Kommune ist ein Staatsbeauftragter gem. § 124 GemO bestellt.</i></p>												
1.10	<p>Hat das Unternehmen im Falle einer Rückforderung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Binnenmarkt diese Rückforderung geleistet?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> entfällt</p>												

2. Allgemeine Angaben:

2.1	<p>Die im Antrag betroffenen Waldflächen befinden sich in meinem / unserem</p> <p><input type="checkbox"/> Eigentum (bei Eigentümergemeinschaften, z.B. Erbengemeinschaften die Einverständniserklärung aller Miteigentümer beilegen)</p> <p><input type="checkbox"/> Besitz (z.B. als Pachtfläche: Einverständniserklärung des Eigentümers)</p> <p><input type="checkbox"/> Ich bin geschäftsführend für die Ortsgemeinde(n) tätig (Verbandsgemeinde, Zweckverband)</p> <p><input type="checkbox"/> Wir sind ein Zusammenschluss von Waldbesitzern</p> <p><input type="checkbox"/></p>							
2.2	<p>Die forstliche Betriebsfläche des Betriebes, für den die Antragstellung erfolgt, beträgt in Rheinland-Pfalz über 1.000 ha.</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>							
2.3	<p>Trifft eine oder mehrere der nachstehenden Feststellungen für das beantragte Wegebauprojekt zu ?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p><u>Wichtig:</u></p> <p><i>Für das beantragte Wegebauprojekt, müssen die nachstehenden Feststellungen mit „nein“ zu beantworten sein. Wegebauprojekte, für die bei einer oder mehreren Feststellungen ein „ja“ gelten würde, sind <u>nicht förderfähig</u>. Für sie darf keine Förderung beantragt werden.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Antragsteller ist der Bund, das Land oder eine juristische Person, deren Kapitalvermögen sich zu mindestens 25 % in den Händen des Bundes oder des Landes befindet. • Die Fläche / Eine Teilfläche, auf der das Vorhaben stattfinden soll, steht im Eigentum/Miteigentum des Bundes oder des Landes. • Die Fläche / Eine Teilfläche, auf der das Vorhaben stattfinden soll, steht im Eigentum/Miteigentum einer juristischen Person, deren Kapitalvermögen sich zu mindestens 25 % in Händen von Bund oder Ländern befindet. • Das Vorhaben findet auf einer Fläche/Teilfläche statt, die mir/uns zum Zwecke des Naturschutzes unentgeltlich übertragen worden ist. • Die beantragte Maßnahme findet auf einer Fläche/Teilfläche statt, die außerhalb von Rheinland-Pfalz liegt. • Bei der beantragten Maßnahme handelt es sich um eine Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahme, die im Zusammenhang mit behördlichen Anordnungen/Auflagen aus einem anderen Verwaltungsakt steht. • Für die beantragte Maßnahme werden Zuwendungen nach anderen Förderbestimmungen beantragt oder sind bereits gewährt. • Bei der beantragten Maßnahme handelt es sich gem. Definition Merkblatt Antragstellung „Förderung Wegebau“ um eine Wegeunterhaltung. • Bei der beantragten Maßnahme handelt es sich um den Bau von Maschinenwegen oder die Befestigung von Rückegassen. • Bei der beantragten Maßnahme handelt es sich um Wege mit Schwarz- oder Betondecken. • Bei der beantragten Maßnahme handelt es sich um Wege mit überörtlicher Verkehrsbedeutung sowie Wege innerhalb vorhandener oder geplanter Siedlungs- und Industriegebiete, Fuß-, Rad- und Reitwege. • Bei der beantragten Maßnahme wird Recyclingmaterial verwendet. 							
2.4	Das Vorhaben liegt Landkreis:	Landkreis-Nr. <table border="1" style="display: inline-table; vertical-align: middle;"><tr><td style="width: 20px; height: 20px;"></td><td style="width: 20px; height: 20px;"></td><td style="width: 20px; height: 20px;"></td></tr></table>						
2.5	Das Vorhaben liegt im Bezirk des Forstamtes	Forstamts-Nr. <table border="1" style="display: inline-table; vertical-align: middle;"><tr><td style="width: 20px; height: 20px;"></td><td style="width: 20px; height: 20px;"></td></tr></table>						
2.6	<p><u>Bei Wegeinstandsetzung:</u> Ist der Wegeabschnitt infolge von Starkregenereignissen geschädigt worden?</p> <p>Hinweis: Falls ja, liegt der Fördersatz bei 80%. Und bei Privatwaldbesitz von insgesamt < 20 ha forstliche Betriebsfläche liegt der Fördersatz bei 90 %.</p>	<p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>Monat / Jahr</p> <table border="1" style="display: inline-table; vertical-align: middle;"> <tr> <td style="width: 20px; height: 20px;">M</td> <td style="width: 20px; height: 20px;">M</td> <td style="width: 20px; height: 20px;">J</td> <td style="width: 20px; height: 20px;">J</td> <td style="width: 20px; height: 20px;">J</td> <td style="width: 20px; height: 20px;">J</td> </tr> </table>	M	M	J	J	J	J
M	M	J	J	J	J			

3. Spezielle Angaben zum Vorhaben:

3.1	<p>Ich / wir beantragen Förderung für die nachfolgende Wegebaumaßnahme (Pro Antrag max. 1 Maßnahme) :</p> <p><input type="checkbox"/> Wegeneubau gem. Definition Merkblatt „Förderung Wegebau“</p> <p><input type="checkbox"/> Wegeausbau gem. Definition Merkblatt „Förderung Wegebau“</p> <p style="margin-left: 20px;"> <input type="checkbox"/> von Sonstigen LKW-Wegen (NavLOG Klasse 2) zu Standard LKW-Wegen (NavLOG Klasse 1) <input type="checkbox"/> von sonstigen Wegen zu Standard LKW-Wegen (NavLOG Klasse 1). <input type="checkbox"/> von sonstigen Wegen zu Sonstigen LKW-Wegen (NavLOG Klasse 2). </p> <p><input type="checkbox"/> Wegeinstandsetzung (Wegegrundinstandsetzung) gem. Definition Merkblatt „Förderung Wegebau“</p> <p style="margin-left: 20px;"> <input type="checkbox"/> von Standard LKW-Wegen (NavLOG Klasse 1) <input type="checkbox"/> von Sonstigen LKW-Wegen (NavLOG Klasse 2). </p>																
3.2	<p>Wurde mit dem Vorhaben begonnen?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>Falls „ja“: keine Förderung möglich; Ausnahme: der vorzeitige Maßnahmenbeginn wurde von der Bewilligungsbehörde mit dem Schreiben vom zugelassen.</p>																
3.3	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Beginn der Maßnahme: Monat / Jahr (voraussichtlich)</td> <td style="width: 50%; border: none;">Geplante Fertigstellung bis: Monat / Jahr (voraussichtlich)</td> </tr> <tr> <td style="border: none; text-align: center;"> <table border="1" style="display: inline-table; border-collapse: collapse; text-align: center;"> <tr><td>M</td><td>M</td><td>J</td><td>J</td><td>J</td><td>J</td></tr> </table> </td> <td style="border: none; text-align: center;"> <table border="1" style="display: inline-table; border-collapse: collapse; text-align: center;"> <tr><td>M</td><td>M</td><td>J</td><td>J</td><td>J</td><td>J</td></tr> </table> </td> </tr> </table>	Beginn der Maßnahme: Monat / Jahr (voraussichtlich)	Geplante Fertigstellung bis: Monat / Jahr (voraussichtlich)	<table border="1" style="display: inline-table; border-collapse: collapse; text-align: center;"> <tr><td>M</td><td>M</td><td>J</td><td>J</td><td>J</td><td>J</td></tr> </table>	M	M	J	J	J	J	<table border="1" style="display: inline-table; border-collapse: collapse; text-align: center;"> <tr><td>M</td><td>M</td><td>J</td><td>J</td><td>J</td><td>J</td></tr> </table>	M	M	J	J	J	J
Beginn der Maßnahme: Monat / Jahr (voraussichtlich)	Geplante Fertigstellung bis: Monat / Jahr (voraussichtlich)																
<table border="1" style="display: inline-table; border-collapse: collapse; text-align: center;"> <tr><td>M</td><td>M</td><td>J</td><td>J</td><td>J</td><td>J</td></tr> </table>	M	M	J	J	J	J	<table border="1" style="display: inline-table; border-collapse: collapse; text-align: center;"> <tr><td>M</td><td>M</td><td>J</td><td>J</td><td>J</td><td>J</td></tr> </table>	M	M	J	J	J	J				
M	M	J	J	J	J												
M	M	J	J	J	J												
3.4	<p>Kurze Beschreibung der Örtlichkeit des Projektes (Waldorte, alternativ Gemarkung, Flur und Flurstücke)</p> <p>Liegt das Projekt in einem Gebiet mit starker Gemengelage und Kleinstrukturiertheit (Flurbereinigungscharakter)?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>																
3.5	<p>Geplante zu fördernde Wegelänge in Laufmeter:</p> <p style="text-align: right;">.....lfm</p> <p>(Wegestrecke muss zusammenhängend mindestens 50 lfm betragen, ansonsten keine Förderung möglich)</p>																
3.6	<p>Führt der geplante <u>Wegeneubau</u> im Erschließungsgebiet zu einer Wededichte über 20 lfm/ha in der Ebene (Hangneigung bis 20%) bzw. über 30 lfm/ha bei Hangneigung über 20% ?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (Wededichteberechnung ist in jedem Fall dem Antrag beilegen)</p> <p>Falls „ja“, ist eine Förderung der Wegeneubaumaßnahme nicht möglich.</p>																
3.7	<p>Führt der geplante <u>Wegeausbau</u> bzw. die geplante <u>Wegeinstandsetzung</u> zu einer Wededichte über 45 lfm/ha im Betrieb ?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>Falls „ja“, ist eine Förderung nur in bestimmten Ausnahmesituationen möglich (Beschreibung siehe Merkblatt). Wird die Ausnahme beantragt bitte Ausnahmesituation mit Angaben zur Wededichte nachfolgend begründen:</p>																
3.8	<p>Die Wededichte des Betriebes, in dem das beantragte Projekt liegt, beträgt (Angabe nur erforderlich bei der Beantragung von <u>Wegeausbau- oder Wegegrundinstandsetzung</u>. Erstreckt sich das Wegebauprojekt über mehrere Waldbesitzer, ist als Wededichte das gewogene Mittel der Wededichten der am Vorhaben beteiligten Betriebe anzugeben. Nähere Erläuterungen siehe Merkblatt.)</p> <p style="text-align: right;">..... lfm/ha</p> <p>Prüffeld der Unteren Forstbehörde (nur auszufüllen bei Nutzung der zentral zur Verfügung gestellten Daten zur Wededichte) Die laut Prüffeststellung der Unteren Forstbehörde ermittelte Wededichte liegt innerhalb des vorgegebenen Rahmens</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Falls nein: Angabe des ermittelten Wertes lfm/ha</p>																

3.9	<p><u>Wegeausbau- und Wegeinstandsetzung: Wegedichte auf Betriebsebene im Privatwald - Einholung des Einverständnisses zur Nutzung vorhandener Geoinformationsdaten aus der Mittelfristigen Betriebsplanung</u></p> <p>Für den Fall, dass die Wegedichte auf Betriebsebene (l/m/ha) aufgrund vorhandener Geoinformationsdaten aus der Mittelfristigen Betriebsplanung dem zuständigen Forstamt vorliegt, stimme ich der Nutzung dieser Daten durch das zuständige Forstamt für die Antragstellung zur Förderung forstlicher Wegebaumaßnahmen zu.</p> <p style="text-align: right;"><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>(Falls nein, ist in jedem Fall mit der Antragstellung von Wegeausbau oder Wegeinstandsetzung eine Wegedichteberechnung vorzulegen)</p>
3.10	<p>Höhe der zur Einbringung geplanten Tonnage bei Wegeinstandsetzung:</p> <p style="text-align: right;">..... to/km</p> <p>(mindestens 300to/km ansonsten keine Förderung möglich.)</p>
3.11	<p>Handelt es sich bei dem geplanten Vorhaben um eine <u>Wegeneu- oder Wegeausbaumaßnahme</u>?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>Falls „ja“ Vorlage der Genehmigung der Unteren Naturschutzbehörde zeitgleich mit Antragstellung erforderlich.</p>
3.12	<p>Liegt das geplante Vorhaben (<u>Wegeneu- oder Wegeausbau</u>) in einem Schutzgebiet (z.B. Naturschutzgebiet, Landschaftsschutzgebiet, Biosphärenreservat), oder tangiert es Naturdenkmäler oder geschützte Landschaftsbestandteile?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>Falls „ja“ Vorlage des Abstimmungsergebnisses mit der gem. Rechtsverordnung zuständigen Naturschutzbehörde zeitgleich mit Antragstellung erforderlich.</p> <p>Angabe des Namens des Schutzgebietes bzw. Naturdenkmals/geschützten Landschaftsbestandteils.</p> <p>.....</p>
3.13	<p>Handelt es sich bei dem geplanten Vorhaben um einen <u>Wegeneu- oder Wegeausbau</u> und liegt es in einem Natura 2000 Gebiet oder in dessen unmittelbarer Nähe?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>Falls „ja“ Vorlage der Anzeige der geplanten Maßnahme an die Untere Naturschutzbehörde zeitgleich mit Antragstellung erforderlich.</p>
3.14	<p>Handelt es sich bei dem geplanten Vorhaben um einen <u>Wegeneu- oder Wegeausbau</u> und liegt es innerhalb von pauschal geschützten Biotoptypen nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>Falls „ja“ Vorlage der Genehmigung der Unteren Naturschutzbehörde zeitgleich mit Antragstellung erforderlich.</p>
3.15	<p>Handelt es sich bei dem geplanten Vorhaben um eine <u>Wegeinstandsetzung</u>, die Maßnahmen enthält bei denen beispielsweise spürbare Hangabgrabungen, größere Materialaufschüttungen oder Materialablagerungen durchgeführt werden? Falls „ja“, fällt diese dann unter die Eingriffsregelung gem. § 14 Bundesnaturschutzgesetz.</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>Falls „ja“ Vorlage der Genehmigung der Unteren Naturschutzbehörde gem. § 14 Bundesnaturschutzgesetz (Eingriffsregelung) zeitgleich mit Antragstellung erforderlich.</p>
3.16	<p>Fällt bei der Durchführung des geplanten Vorhabens (unabhängig davon ob es sich um Wegeneu- oder -instandsetzung handelt) <u>Material an, welches dauerhaft im Wald gelagert werden soll</u> ?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>Falls „ja“ Vorlage der abfallrechtlichen Genehmigung zeitgleich mit Antragstellung erforderlich</p>
3.17	<p>Sind im Rahmen des Vorhabens <u>Gewässer-Verrohrung, Überbauung eines Gewässers oder die Anlage von Furten</u> geplant?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>Falls „ja“ Vorlage der Zustimmung der zuständigen Wasserbehörde zeitgleich mit Antragstellung erforderlich</p>
3.18	<p>Liegt das geplante Vorhaben innerhalb eines Wasserschutzgebietes oder sind durch das Vorhaben <u>Gewässer II. oder III. Ordnung</u> betroffen?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>Falls „ja“ Vorlage der Zustimmung der zuständigen Wasserbehörde zeitgleich mit Antragstellung erforderlich</p>

--	--	--	--	--	--

4. Herleitung der voraussichtlichen Zuwendung - Situationsbeschreibung:

Nur für Gemeinden oder sonstige öffentliche Antragsteller bei Förderung aus dem Investitionsstock des Landes relevant: Mitteilung der Bewilligungsbehörde an den Antragsteller/Zuwendungsempfänger gem. Artikel 6, Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (nur bei Wegebaumaßnahmen aufgrund von Starkregenereignissen lt. lfd. Nr. 2.6)
 Bei der von Ihnen beantragten Zuwendung zur Förderung von Wegebaumaßnahmen nach Starkregenereignissen handelt es sich aus beihilferechtlicher Sicht, um eine De-minimis-Beihilfe nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.
 Die voraussichtliche Höhe der zu gewährenden Beihilfe entspricht der in lfd.-Nr. 4 beantragten Gesamtzuwendung.
 Nähere Erläuterungen hierzu finden Sie im Anhang zu diesem Antragsvordruck. Die im Zusammenhang mit der Gewährung der Zuwendung abzugebenden notwendigen Erklärungen des Antragstellers/Zuwendungsempfängers sind in lfd.-Nr. 6 des Antragsvordruckes „De-minimis“ vorzunehmen.

4.1 Ich beantrage folgende Gesamtzuwendung für Projekte, die in dem vorgenannten Zeitraum ausgeführt und abgeschlossen werden:
Falls es sich laut Nr. 1.8 um ein „großes Unternehmen“ oder eine „große Kommune“ handelt, die den Anreizeffekt bescheinigen muss, ist die Anlage „Kontrafaktische Fallkonstellation Wegebau“ auszufüllen. Die sich dort ergebende maximale Zuwendungshöhe ist als Gesamtzuwendung einzutragen.

Beantragte Wegelänge lfm
Voraussichtliche Gesamtkosten (Brutto)€
Abzüglich Drittmittel€
Abzüglich Skonti/Rabatte€
Abzüglich Mehrwertsteuer€
Förderfähige Gesamtkosten (Netto)€
förderfähige Kosten pro lfm€/lfm
Zuschuss	
<input type="checkbox"/> Fördersatz: 70% der förderfähigen Gesamtkosten	
<input type="checkbox"/> Fördersatz: 42% der förderfähigen Gesamtkosten (bei Betrieben ab 1.000 ha Forstbetriebsfläche in Rheinland-Pfalz)	
<input type="checkbox"/> Fördersatz: 80% der förderfähigen Gesamtkosten (gem. lfd. Nr. 2.6) (bei Schädigung durch ein Starkregenereignis oder im Ausnahmefall, wenn die Wegebaumaßnahme in einem Gebiet mit starker Gemengelage (Flurbereinigungscharakter) liegt)€ (abgerundet auf volle Euro)
<input type="checkbox"/> Fördersatz: 90% (gem. lfd. Nr. 2.6) (bei Schädigung durch ein Starkregenereignis und zusätzlich Privatwaldbesitz von insgesamt < 20 ha forstliche Betriebsfläche)	

BEGRÜNDUNG / Hinweise zu Festsetzung der Bewilligungsbehörde:

1)

 ➤ Der Antrag auf Gewährung der Zuwendung für dieses Projekt ist somit abzulehnen.

2)

5. Erklärungen des Antragstellers:

5.0	<p>Die Richtlinien für die forstliche Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sowie die jeweils für mich geltenden Allgemeinen Nebenbestimmungen für die Zuwendungen zur Projektförderung (ANBestP bzw. ANBestK) sind mir bekannt. Ich erkenne deren Inhalt sowie die für die Förderung geltenden Rechtsgrundlagen (EU-Verordnungen, Rechtsvorschriften des Bundes und des Landes) und die nachstehenden Bestimmungen durch meine Unterschrift als verbindlich an.</p> <p>Hinweis Die forstlichen Förderrichtlinien und die Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung finden Sie auf der Homepage von Landesforsten Rheinland-Pfalz (www.wald-rlp.de). Auf Anforderung werden Ihnen die Unterlagen auch übersandt.</p>
5.1	<p>Mir ist bekannt, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Antrag im Falle fehlender oder nicht fristgemäß nachgereichter Unterlagen abgelehnt werden kann. - kein Rechtsanspruch auf Gewährung der beantragten Zuwendung besteht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. - die Zuwendung nach Vorlage des Zahlanspruchs/Verwendungsnachweises im Auszahlungsbescheid endgültig festgesetzt wird.
5.2	<p>Ich verpflichte mich, die Zuwendung zurückzuzahlen und die anfallenden Zinsen zu zahlen, soweit ein Bewilligungsbescheid nach den Bestimmungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes oder nach anderen Rechtsvorschriften ganz oder teilweise zurückgenommen oder widerrufen wird.</p>
5.3	<p>Ich weiß, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - ich als die Zuwendung empfangende Person die sich auf die Zuwendung beziehenden Unterlagen, Aufzeichnungen, Belege, Bücher oder Karten für die Dauer von 10 Jahren aufzubewahren habe, soweit nicht nach anderen Rechtsvorschriften eine andere Aufbewahrung vorgeschrieben ist. Die Frist beginnt mit dem ersten Tag des Kalenderjahres, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Zuwendung ausgezahlt wurde. - im Falle der Eröffnung eines Gesamtvollstreckungs- oder Insolvenzverfahrens umgehend die zuständige Bewilligungsstelle über diesen Sachstand zu informieren ist.
5.4	<p>Mir ist bekannt, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - von der Bewilligungsstelle alle Unterlagen (auch rückwirkend), die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen und der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, angefordert werden können. - die Bewilligungsstelle entsprechend den Beihilfevorschriften Auflagen auch nachträglich erteilen kann. - die Nichteinhaltung der Fördervoraussetzungen zu Kürzungen oder der Versagung der Zuwendung führen kann. - ich bei unrichtigen oder unvollständigen Angaben sowie bei Nichteinhaltung der Auflagen innerhalb der Bindungsfrist die erhaltenen Zuwendungen ganz oder teilweise, ggf. mit Zinsen, zurückzahlen muss.
5.5	<p>Hinweise zum Datenschutz und zu Europäischen Vorgaben bzgl. Veröffentlichung</p> <p>Ich weiß, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - die mit dem Antrag einschließlich Anlagen erhobenen Daten im Rahmen des Antragsverfahren benötigt und durch Landesforsten Rheinland-Pfalz zur Feststellung der Förderberechtigung und –höhe, sowie zur Erstellung von vorgeschriebenen Berichten oder für statistische Zwecke genutzt, weiterverarbeitet und gespeichert werden. <p>Ich habe jederzeit ein Recht auf Auskunft hinsichtlich der mich betreffenden Daten und stimme mit der Unterzeichnung des Antrags der Verarbeitung personenbezogener Daten zu.</p> <p>Die Datenschutzhinweise können auf der Homepage von Landesforsten Rheinland-Pfalz (https://www.wald-rlp.de/de/start-landesforsten-rheinland-pfalz/service/dsgvo/) abgerufen werden. Auf Anforderung werden Ihnen die Unterlagen auch übersandt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beihilfeempfänger, die mit Stichtag 01.07.2016 jährlich mehr als 500.000 € an Beihilfe erhalten, auf einer Beihilfe-Webseite des Landes Rheinland-Pfalz veröffentlicht werden. (Ziffer 128 der „Rahmenregelung der Europäischen Union für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten 2014-2020“ (2014/C 204/01)).
5.6	<p>Beschäftigteneinsatz</p> <p>Ich erkläre, dass ich zur Umsetzung der Maßnahme auch bei Beauftragung von Dritten keine illegal Beschäftigten einsetzen werde. Ich versichere, dass in den letzten 5 Jahren gegen mich (Antragsteller bzw. nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigter) keine Geldbuße von wenigstens 2.500 € nach § 404 Absatz 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt wurde oder ich (Antragsteller bzw. nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigter) nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz zu keiner Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt wurde.</p>

5.7	Abweichung von den Antragsangaben / Wechsel des Nutzungsberechtigten Ich teile jede Abweichung von den Antragsangaben und jeden Wechsel des Nutzungsberechtigten während der Dauer der von mir übernommenen Verpflichtungen sowie jede beihilferrelevante Änderung meiner Unternehmensverhältnisse durch Abgabe einer schriftlichen Erklärung gegenüber der Bewilligungsstelle mit. Ich bleibe verantwortlich für die weitere Einhaltung der Verpflichtungen beim Übergang des Forstbetriebes (ganz oder teilweise) auf einen anderen Nutzungsberechtigten während der Zeit der Verpflichtungsdauer, es sei denn, der Nachfolger übernimmt die Verpflichtungen für die restliche Dauer der Verpflichtungszeit durch Abgabe einer entsprechenden schriftlichen Erklärung gegenüber der Bewilligungsstelle.
5.8	Kontrollen Mir ist bekannt, dass die zuständigen Behörden und Stellen berechtigt sind, Prüfungen und Kontrollen bei mir als Zuwendungsempfänger durchzuführen und dass ich die für die Prüfungen und Kontrollen erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen habe. Mir ist bekannt, dass die mir durch die Evaluations- und Kontrollmaßnahmen entstehenden Aufwendungen nicht erstattet werden.
5.9	Subventionen Mir ist bekannt, dass die Zuwendungen nach diesen Richtlinien Subventionen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen die missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034, 2037) sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 (8) StGB sind folgende Tatsachen: <u>A. Tatsachen, die für die Bewilligung und Gewährung einer Zuwendung erheblich sind:</u> a) zum Antragsteller: b) - Name, Adresse und Empfängerbetriebsnummer des Antragstellers - Bankverbindung, ggf. Kontoinhaber - Angaben zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers und den Eigentumsverhältnissen der Projektflächen - Angabe zur Größe der forstlichen Betriebsfläche in Rheinland-Pfalz b) zum Fördervorhaben: - Maßnahmenbezeichnung - Angabe, dass die Maßnahme nicht auf Flächen stattfindet, die dem Zuwendungsempfänger zum Zwecke des Naturschutzes unentgeltlich übertragen wurden. - Angabe, dass die beantragte Maßnahme nicht auf einer Fläche/Teilfläche stattfindet, die außerhalb von Rheinland-Pfalz liegt. - Angabe, dass es sich bei der beantragten Maßnahme nicht um eine Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahme handelt, die im Zusammenhang mit behördlichen Anordnungen / Auflagen aus einem anderen Verwaltungsakt steht. - Waldortsbezeichnung c) Angabe Gesamtkosten der Maßnahme im Rahmen des Verwendungsnachweises/Zahlantrages d) Angabe zu zuwendungsfähigen Kosten der Maßnahme im Rahmen des Verwendungsnachweises/Zahlantrages e) Angabe Umfang der Maßnahme im Rahmen des Verwendungsnachweises/Zahlantrag f) Angaben zur anderweitigen Finanzierung des Vorhabens (durch Einnahmen aus dem Vorhaben, durch Doppelförderung oder durch Dritte) g) Beschäftigteneinsatz h) Auftragsvergabe i) De-minimis Erklärung

noch 5.9	<p><u>B. Tatsachen, die für die Weitergewährung, Inanspruchnahme, das Belassen oder die Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung sind:</u></p> <p>Subventionserheblich sind ferner folgende Tatsachen, die der Bewilligungsstelle während der Durchführung des Fördervorhabens und gegebenenfalls auch noch nach Vorlage des Verwendungsnachweises nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides einschließlich Anlagen und Nebenbestimmungen mitzuteilen sind:</p> <ul style="list-style-type: none">- wenn der Zuwendungsempfänger weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei öffentlichen Stellen beantragt oder sich die im Antrag bzw. Zahlantrag / Verwendungsnachweis für den Verwendungszweck angegebenen Gesamtausgaben ermäßigen oder sich die Finanzierungsmittel erhöhen oder neue Finanzierungsmittel hinzutreten (ANBest-K Nr. 5.1),- wenn der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen (ANBest-K Nr. 5.2),- wenn sich herausstellt, dass der Verwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist (ANBest-K Nr. 5.3),- wenn die ausgezahlten Beträge nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung verbraucht werden können (ANBest-K Nr. 5.4),- wenn zu inventarisierende Gegenstände innerhalb der zeitlichen Bindung nicht mehr entsprechend dem Verwendungszweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden (ANBest-K Nr. 5.5), <p>Subventionserheblich sind ferner die Tatsachen im Zahlantrag/Verwendungsnachweis, die die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen.</p> <p><u>C. Scheingeschäfte, Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten</u></p> <p>Subventionserhebliche Tatsachen sind schließlich solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (vgl. § 4 des Subventionsgesetzes).</p> <p>Ich bestätige urschriftlich, dass ich von den genannten subventionserheblichen Tatsachen Kenntnis habe.</p> <p>Mir ist bekannt, dass</p> <ul style="list-style-type: none">- Subventionsbetrug nach § 264 StGB strafbar ist.- ich verpflichtet bin, der Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Änderungen der oben aufgeführten Tatsachen mitzuteilen.- ich nach § 3 Abs. 1 des Subventionsgesetzes verpflichtet bin, der Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, der Weitergewährung, der Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Leistungen erheblich sind.- falsche, unvollständige oder unterlassene Angaben zur Strafverfolgung führen können.- die Zuwendungen bei falschen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben oder bei Nichterfüllung oder nicht rechtzeitiger Erfüllung oder Einhaltung der Bedingungen und Auflagen bzw. der übernommenen Verpflichtungen ganz oder teilweise zurückgefordert werden können.- die Bewilligungsbehörde verpflichtet ist, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetruges begründen, der Strafverfolgungsbehörde mitzuteilen.
-------------	---

6. De-minimis

Die Erklärung ist lediglich von Gemeinden oder sonstigen öffentlichen Antragstellern **immer auszufüllen**.

(Hinweis: Bei kommunalen Antragstellern wird zusätzlich zur GAK-Förderung die Möglichkeit einer Förderung über den Investitionsstock des Landes (I-Stock) genutzt. In diesem Fall wird die Zuwendung, sofern die Gemeinde I-Stock-förderfähig ist, weiterhin als „De-minimis Beihilfe“, sofern die 200.000,-€ Grenze eingehalten wird, gewährt.)

6.1 De-minimis Erklärung des Zuwendungsempfängers
 (Erläuterungen zu De-minimis Beihilfen für Zuwendungsempfänger siehe Anhang 1 dieses Vordruckes)
 Von den Erläuterungen zu De-minimis-Beihilfen für Zuwendungsempfänger habe ich/haben wir Kenntnis genommen.
 Gem. Artikel 2 Absatz 2 der der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 bin ich / sind wir

mit keinem weiteren Unternehmen verbunden
 mit nachfolgenden Unternehmen verbunden:

.....

Ich/wir erkläre(n), dass mir/dem Unternehmen oder der einem mit mir/uns im Sinne von Artikel 2 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 verbundenen Unternehmen über die beantragte Beihilfe hinaus keine weiteren bzw. nur die von mir/uns nachfolgend aufgeführten De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (De-minimis-Verordnung für den gewerblichen Bereich = hierzu zählen auch die aus dem Forstbereich gewährten De minimis Beihilfen), der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 (bis Ende 2013 gültige gewerbliche De-minimis-Verordnung = hierzu zählen auch die aus dem Forstbereich gewährten De-minimis Beihilfen), der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 (Agrar-De-minimis-Verordnung), der Verordnung (EG) Nr. 1535/2007 (bis Ende 2013 gültige Agrar-De-minimis-Verordnung), der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 (Fischerei-De-minimis-Verordnung) der Verordnung (EG) Nr. 875/2007 (bis Ende 2013 gültige Fischerei-De-minimis-Verordnung) und/oder der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 (DAWI-De-minimis) im laufenden Steuerjahr sowie in den vorangegangenen zwei Steuerjahren gewährt wurden.

Im laufenden Steuerjahr sowie in den vorangegangenen zwei Steuerjahren

keine De-minimis-Beihilfen und/oder DAWI-De-minimis-Beihilfen gewährt.
 nachfolgende De-minimis-Beihilfen und/oder DAWI-De-minimis-Beihilfen gewährt (=bewilligt) :

Datum des Zuwendungsbescheides/-vertrages	Zuwendungsgeber (Beihilfengeber) Aktenzeichen bitte angeben	Fördersumme in Euro	Subventionswert (Bruttosubventionsäquivalent) in Euro	Agrar-De-minimis-Beihilfe	gewerbliche De-minimis-Beihilfe	DAWI-De-minimis-Beihilfe	Fischerei-De-minimis-Beihilfe
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Darüber hinaus habe ich/haben wir oder ein mit mir/uns verbundenes Unternehmen im laufenden Steuerjahr sowie in den zwei vorangegangenen Steuerjahren

keine weiteren De-minimis-Beihilfen nach der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 (Agrar-De-minimis), der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (De-minimis gewerblicher Bereich), der Verordnung (EG) Nr. Nr. 717/2014 und/oder der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 (DAWI-De-minimis) **beantragt**,

die nachstehend aufgeführten De-minimis-Beihilfen nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (De-minimis gewerblicher Bereich), der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 (Agrar-De-minimis), der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 (De-minimis Fischereisektor) und/oder der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 (DAWI-De-minimis) **beantragt, die noch nicht bewilligt wurden.**

noch 6.1	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; margin-bottom: 10px;"> <thead> <tr> <th style="width: 50%; text-align: center;">De-minimis-Regelung</th> <th style="width: 25%; text-align: center;">Gesamtfördersumme Euro</th> <th style="width: 25%; text-align: center;">Gesamtsubventionswert Euro</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Agrar-De-minimis-Beihilfe</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>gewerbliche De-minimis-Beihilfe (auch Forst)</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>DAWI-De-minimis-Beihilfe</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Fischerei-De-minimis-Beihilfe</td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Die <u>hier beantragte</u> De-minimis-Beihilfe wird</p> <p><input type="checkbox"/> <u>nicht</u> mit weiteren Beihilfen für <u>dieselben</u> förderfähigen Aufwendungen <u>kumuliert</u>,</p> <p><input type="checkbox"/> mit folgender/n Beihilfe/n für <u>dieselben</u> förderfähigen Aufwendungen <u>kumuliert</u>:</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; margin-bottom: 10px;"> <thead> <tr> <th style="width: 25%;">Datum des Zuwendungsbe- scheidens/ -vertrages</th> <th style="width: 30%;">Zuwendungsgeber (Beihil- fengeber) Aktenzeichen bitte angeben</th> <th style="width: 20%;">Fördersumme in Euro</th> <th style="width: 25%;">Subventionswert (Bruttosubventions- äquivalent) in Euro</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> <td> </td> <td> </td> </tr> </tbody> </table> <p>Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, Änderungen der vorgenannten Angaben der die Beihilfe gewährenden Stelle mitzuteilen, sofern sie mir/uns vor der Zusage für die hier beantragte Förderung bekannt werden.</p>	De-minimis-Regelung	Gesamtfördersumme Euro	Gesamtsubventionswert Euro	Agrar-De-minimis-Beihilfe			gewerbliche De-minimis-Beihilfe (auch Forst)			DAWI-De-minimis-Beihilfe			Fischerei-De-minimis-Beihilfe			Datum des Zuwendungsbe- scheidens/ -vertrages	Zuwendungsgeber (Beihil- fengeber) Aktenzeichen bitte angeben	Fördersumme in Euro	Subventionswert (Bruttosubventions- äquivalent) in Euro								
De-minimis-Regelung	Gesamtfördersumme Euro	Gesamtsubventionswert Euro																										
Agrar-De-minimis-Beihilfe																												
gewerbliche De-minimis-Beihilfe (auch Forst)																												
DAWI-De-minimis-Beihilfe																												
Fischerei-De-minimis-Beihilfe																												
Datum des Zuwendungsbe- scheidens/ -vertrages	Zuwendungsgeber (Beihil- fengeber) Aktenzeichen bitte angeben	Fördersumme in Euro	Subventionswert (Bruttosubventions- äquivalent) in Euro																									
7.	<p>Anlage(n):</p> <p><input type="checkbox"/> Bei Pachtverhältnissen Einverständniserklärung des Eigentümers, Anzahl:</p> <p><input type="checkbox"/> Bei Bevollmächtigten Vollmacht, Anzahl:</p> <p><input type="checkbox"/> Anlage „Kontrafaktische Fallkonstellation Wegebau“ (Nur bei „großen Unternehmen und Kommunen“ gemäß Nr. 1.8!)</p> <p><input type="checkbox"/> Wegedichteberechnung: Falls Vorlage einer Wegedichteberechnung ist notwendig.</p> <p><input type="checkbox"/> Karte mit zur Förderung beantragter Wegestrecke, zusätzlich bei Wegeneubau und bei Wegebau im Kleinprivatwald ohne Forsteinrichtung mit eingezeichnetem Erschließungsgebiet.</p> <p><input type="checkbox"/> Notwendige Genehmigungen gem. Lfd.-Nr. 3.11 bis 3.18 Anzahl:</p> <p><input type="checkbox"/> Sonstige Genehmigungen (z.B. Straßenbehörde, Denkmalbehörde) Anzahl: (z.B. Straßenbehörde, Denkmalschutzamt)</p> <p><input type="checkbox"/> Bei Gemeinden: Übersicht über Haushalts- und Finanzlage der Gemeinde, Vordruck des Innenministeriums (Immer beilegen!)</p>																											
<p>Ich / Wir versichere/n, dass die in diesem Antrag und der/den Anlage/n enthaltene Angaben richtig und vollständig sind.</p> <p>_____</p> <p>Ort, Datum</p> <p>_____</p> <p>Unterschrift des Antragsstellers, des Vertretungsberechtigten, bzw. Bevollmächtigten; bei kommunalen Gebietskörperschaften zusätzlich Stempel</p> <p>_____</p> <p>Name, Vorname (in Druckbuchstaben) (Bei Bevollmächtigten bitte Vollmacht beilegen)</p>																												

Anhang 1

(verbleibt beim Antragsteller)
Antrag Wegebau

Erläuterungen zu De-minimis-Beihilfen für Zuwendungsempfänger (bei Förderung durch I-Stock)

1. Einleitung

Als Beihilfen werden Zuwendungen bezeichnet, die für das empfangende Unternehmen einen wirtschaftlichen Vorteil gegenüber einem Konkurrenzunternehmen bedeuten, welches eine solche Zuwendung nicht erhält. Beihilfen können unter anderem in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen, Bürgschaften, Steuervergünstigungen oder zinsverbilligten Darlehen gewährt werden. Da eine Beihilfe nur einem oder einigen Marktteilnehmern zugutekommt, kann sie nach Auffassung der Europäischen Kommission den Wettbewerb zwischen den Beihilfeempfängern und ihren Konkurrenten verzerren. Solche wettbewerbsverzerrenden Beihilfen an Unternehmen oder Produktionszweige sind in der Europäischen Union verboten, wenn sie den Handel zwischen den EU-Mitgliedstaaten beeinträchtigen (Art. 107 Abs. 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)).

Manche Beihilfen (sog. De-minimis-Beihilfen) sind so gering, dass ihre Auswirkungen auf den Wettbewerb nicht spürbar sind. Sie müssen daher nicht von der Europäischen Kommission genehmigt werden, sondern können ohne deren Zustimmung von den Mitgliedstaaten direkt gewährt werden. Allerdings hat die Europäische Kommission das Recht, die Durchführung dieser Maßnahme zu kontrollieren. Ihre Gewährung ist daher an bestimmte Bedingungen geknüpft.

2. Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage für die Gewährung von gewerblichen De-minimis-Beihilfen ist die Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Europäischen Kommission vom 18.12.2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 AEUV auf De-minimis-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union vom 24.12.2013, Nr. L 352, S. 1.

3. Bruttosubventionsäquivalent

Da es unterschiedliche Beihilfearten gibt, ist der finanzielle Vorteil so darzustellen, dass alle Beihilfearten miteinander verglichen werden können. Aus diesem Grund wird für jede De-minimis-Beihilfe berechnet, mit welchem Geldbetrag die durch sie gewährte Vergünstigung gleichgesetzt werden kann. Der Betrag dieser Vergünstigung wird als Subventionswert oder auch Bruttosubventionsäquivalent bezeichnet.

4. De-minimis-Höchstbetrag/Verbundenes Unternehmen

Bei Neubewilligung einer De-minimis-Beihilfe muss sichergestellt sein, dass die Gesamtsumme der im

laufenden Steuerjahr sowie in den zwei vorangegangenen Steuerjahren gewährten De-minimis-Beihilfen diese Schwellenwerte nicht überschreitet.

Dabei ist nicht nur auf den direkten Zuwendungsempfänger, sondern ggf. auch auf mit dem Zuwendungsempfänger „verbundene“ Unternehmen abzustellen (sog. „einziges Unternehmen“). Mehrere miteinander verbundene Unternehmen sind als ein einziges Unternehmen anzusehen, wenn eines der folgenden Kriterien erfüllt ist:

- Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzurufen;
- ein Unternehmen ist gemäß eines mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrags oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben;
- ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein anderes Unternehmen oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der oben genannten Beziehungen stehen, werden als ein einziges Unternehmen betrachtet. Eine Verbindung zwischen Unternehmen über natürliche Personen findet bei den vgl. Überlegungen keine Berücksichtigung.

Im Falle von Unternehmensfusionen oder -übernahmen müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den jeweiligen Unternehmen im laufenden und in den vorangegangenen zwei Jahren gewährt wurden, bei der Prüfung der Einhaltung der Obergrenze berücksichtigt werden.

Die Rechtmäßigkeit der zuvor gewährten De-minimis-Beihilfen wird dadurch aber nicht in Frage gestellt.

Im Falle von Unternehmensaufspaltungen müssen die zuvor erhaltenen De-minimis-Beihilfen nach Möglichkeit den jeweiligen Betriebsteilen zugewiesen werden. Ist das nicht möglich, erfolgt eine Zuweisung auf der Grundlage des Buchwerts des Eigenkapitals der neuen Unternehmen.

Kumulierung mit anderen De-minimis-Beihilfen

Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder auch sonstiger Bereiche (= gewerblicher Bereich) können auch in anderen Bereichen tätig sein und dafür De-minimis-Beihilfen erhalten, z. B. im Bereich der Fischerei und Aquakultur oder im Bereich der landwirtschaftlichen Primärerzeugung. De-minimis-Beihilfen nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 dürfen nur bei Einhaltung bestimmter Voraussetzungen mit De-minimis-Beihilfen für andere Sektoren kumuliert werden: Zum einen müssen die Beihilfen eindeutig dem jeweiligen Sektor zugeordnet werden können, zum anderen dürfen die jeweiligen Obergrenzen der anderen Bereiche nicht überschritten werden.

Beispiel zur Einhaltung der Obergrenzen:

Für ein Vorhaben sollen De-minimis-Beihilfen gewährt werden. Die Begünstigte hat in den letzten zwei Jahren keine gewerblichen De-minimis-Beihilfen erhalten, allerdings 15.000 Euro Agrar-De-minimis-Beihilfen nach der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013. Wegen der Vorgabe zur Einhaltung der Obergrenzen kann daher eine De-minimis-Beihilfe von höchstens 185.000 Euro gewährt werden, obwohl nach der gewerblichen De-minimis-Verordnung eine Förderung von bis zu 200.000 Euro zulässig wäre.

Überprüfung der De-minimis-Bedingungen

Um sicherzustellen, dass De-minimis-Beihilfen den maximal zulässigen Subventionswert von 200.000 Euro und die in den anderen De-minimis-Verordnungen festgelegten Obergrenzen nicht überschreiten, werden bei der Antragstellung anhand der „Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte De-minimis-Beihilfen“ nachfolgende Angaben erfragt:

1. Der Zuwendungsempfänger muss angeben, ob er oder ein mit ihm verbundenes Unternehmen bereits im laufenden Steuerjahr sowie in den zwei vorangegangenen Steuerjahren De-minimis-Beihilfen nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 bzw. der Verordnung (EG) Nr.1998/2006 oder nach einer anderen De-minimis Verordnung erhalten hat, und wenn ja, wann und in welcher Höhe. De-minimis-Beihilfen werden vom Zuwendungsgeber gegenüber dem Zuwendungsempfänger ausdrücklich als solche bezeichnet, und der Zuwendungsempfänger erhält eine De-minimis-Bescheinigung.
2. Der Zuwendungsempfänger muss angeben, ob er oder ein mit ihm verbundenes Unternehmen im laufenden Steuerjahr sowie in den zwei vorangegangenen Steuerjahren weitere De-minimis-Beihilfen beantragt hat, und wenn ja, wann und in

welcher Höhe.

Maßgeblich zur Bestimmung des Dreijahreszeitraumes ist das Jahr, in dem das Unternehmen nach dem geltenden nationalen Recht einen Rechtsanspruch auf die Beihilfe erwirbt (Bevolligungszeitpunkt einer De-minimis-Beihilfe), unabhängig davon, wann die Beihilfe tatsächlich ausgezahlt wird.

Anhand dieser Angaben wird geprüft, ob mit der neu beantragten De-minimis-Beihilfe der Höchstbetrag von 200.000 Euro im Zeitraum des laufenden Steuerjahres sowie den zwei vorangegangenen Steuerjahren sowie ggf. die Höchstbeträge nach den anderen De-minimis-Verordnungen eingehalten werden. Wenn der Gesamtbetrag der De-minimis-Beihilfen, die ein Zuwendungsempfänger oder ein mit ihm verbundenes Unternehmen im laufenden Steuerjahr und in den letzten zwei Steuerjahren erhalten hat, aufgrund der Förderung die oben genannten De-minimis-Höchstbeträge übersteigt, kann der Zuschuss nicht gewährt werden.

3. Zusätzlich muss der Zuwendungsempfänger angeben, ob er für das geplante Vorhaben neben der beantragten De-minimis-Beihilfe weitere Beihilfen erhält, die mit der beantragten De-minimis-Beihilfe kumuliert werden sollen.

De-minimis-Beihilfen können durchaus mit Beihilfen aus von der Europäischen Kommission genehmigten oder freigestellten Fördermaßnahmen zusammen in Anspruch genommen (d.h. kumuliert) werden. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die maximale Förderintensität, die im EU-Recht für diese Beihilfen vorgegeben ist, durch die Kumulation mit der De-minimis-Beihilfe nicht überschritten wird.

Wie erfährt das Unternehmen die Höhe einer De-minimis-Beihilfe?

In einer Anlage zum Förderbescheid für eine De-minimis-Beihilfe (sog. De-minimis-Bescheinigung) wird dem Zuwendungsempfänger unter anderem mitgeteilt, wie hoch der auf die Beihilfe entfallende Subventionswert ist. Die De-minimis-Bescheinigung muss mindestens zehn Jahre aufbewahrt werden, damit sie bei einer Kontrollanfrage der Europäischen Kommission kurzfristig vorgelegt werden kann.